

## **Gesetzliche Grundlagen Frühe Hilfen**

Frühe Hilfen beziehen sich auf das **Grundgesetz** (Art. 6 Abs. 2 GG), in dem das Recht und die Pflicht der Eltern zur Pflege und Erziehung ihrer Kinder gesichert, aber auch ein Wachen der staatlichen Gemeinschaft über deren Betätigung vorgesehen ist (staatliches Wächteramt). Vorrang hat die Erziehung in der Familie. Die staatliche Gemeinschaft ist gehalten, Eltern ausreichend bei der Ausübung ihrer Erziehungsverantwortung zu unterstützen. *(Quelle: Leitbild Frühe Hilfen, NZFH).*

### **Grundgesetz Art. 6 GG**

- (1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.*
- (2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.*
- (3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.*
- (4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.*
- (5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.*

Im **Achten Buch Sozialgesetzbuch – Kinder- und Jugendhilfe (SGB VIII)** – werden die Aufgaben und Leistungen definiert, welche die öffentlichen und freien Träger der Kinder- und Jugendhilfe zur Umsetzung der oben genannten Grundrechte zur Verfügung stellen. Mit geeigneten Maßnahmen sollen sie junge Menschen in ihrer individuellen und sozialen Entwicklung fördern und dazu beitragen, Benachteiligungen zu vermeiden oder abzubauen, Eltern und andere Erziehungsberechtigte bei der Erziehung beraten und unterstützen, Kinder und Jugendliche vor Gefahren für ihr Wohl schützen und dazu beitragen, positive Lebensbedingungen für junge Menschen und ihre Familien sowie eine kinder- und familienfreundliche Umwelt zu erhalten oder zu schaffen. Frühe Hilfen haben hier Eingang gefunden in § 16 Abs. 3 SGB VIII. *(Quelle: Leitbild Frühe Hilfen, NZFH).*

### **§ 16 Abs. Allgemeine Förderung der Erziehung in der Familie**

- (3) „Mütter und Väter sowie schwangeren Frauen und werdenden Vätern sollen Beratung und Hilfe in Fragen der Partnerschaft und des Aufbaus elterlicher Erziehungs- und Beziehungskompetenzen angeboten werden.“*

Im **Gesetz zur Kooperation und Information im Kinderschutz (KKG)** sind die Frühen Hilfen gesetzlich verankert, ihre Bedeutung hervorgehoben und ihre Vernetzung vorgeschrieben. Frühe Hilfen sind Angebote für Eltern, die sie bei der Wahrnehmung der elterlichen Sorge durch Information, Beratung und Hilfe unterstützen. „Kern ist die Vorhaltung eines möglichst frühzeitigen, koordinierten und multiprofessionellen Angebots im Hinblick auf die Entwicklung von Kindern vor allem in den ersten Lebensjahren“. *(Quelle: Leitbild Frühe Hilfen, NZFH).*

Die **Aufgaben der Netzwerke Frühe Hilfen werden in § 3 KKG beschrieben**. Es sind die Regelung der verbindlichen Zusammenarbeit der Einrichtungen und Dienste, das Bereitstellen der Information darüber und deren bedarfsgerechte Weiterentwicklung. Das Jugendamt hat die Aufgabe, diese Vernetzung sicher zu stellen. Frühe Hilfen bilden damit den ersten Baustein einer kommunalen Präventionskette. Zum Netzwerk sollen Einrichtungen und Dienste der öffentlichen und freien Jugendhilfe, Angehörige der Heilberufe, Krankenhäuser, des Gesundheitsamtes, Einrichtungen und Dienste der sozialen Sicherung, der Frühförderung und der Schwangerschaftsberatung gehören. Mit der Bundesinitiative Frühe Hilfen wurden Rahmenbedingungen für verbindliche Netzwerkstrukturen in Kinderschutz mit dem Ziel der Verbesserung des Einsatzes von Familienunterstützung für einen präventiven Kinderschutz und des Auf-/Ausbaus von Netzwerken geschaffen.

### **Gesetz zur Kooperation und Information im Kinderschutz (KKG)**

#### **§ 1 Kinderschutz und staatliche Mitverantwortung**

(1) *Ziel des Gesetzes ist es, das Wohl von Kindern und Jugendlichen zu schützen und ihre körperliche, geistige und seelische Entwicklung zu fördern.*

(2) *Pflege und Erziehung der Kinder und Jugendlichen sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.*

(3) *Aufgabe der staatlichen Gemeinschaft ist es, soweit erforderlich, Eltern bei der Wahrnehmung ihres Erziehungsrechts und ihrer Erziehungsverantwortung zu unterstützen, damit*

- 1. sie im Einzelfall dieser Verantwortung besser gerecht werden können,*
- 2. im Einzelfall Risiken für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen frühzeitig erkannt werden und*
- 3. im Einzelfall eine Gefährdung des Wohls eines Kindes oder eines Jugendlichen vermieden oder, falls dies im Einzelfall nicht mehr möglich ist, eine weitere Gefährdung oder Schädigung abgewendet werden kann.*

(4) *Zu diesem Zweck umfasst die Unterstützung der Eltern bei der Wahrnehmung ihres Erziehungsrechts und ihrer Erziehungsverantwortung durch die staatliche Gemeinschaft insbesondere auch Information, Beratung und Hilfe. Kern ist die Vorhaltung eines möglichst frühzeitigen, koordinierten und multiprofessionellen Angebots im Hinblick auf die Entwicklung von Kindern vor allem in den ersten Lebensjahren für Mütter und Väter sowie schwangere Frauen und werdende Väter.*

#### **§ 2 Information der Eltern über Unterstützungsangebote in Fragen der Kindesentwicklung**

(1) *Eltern sowie werdende Mütter und Väter sollen über Leistungsangebote im örtlichen Einzugsbereich zur Beratung und Hilfe in Fragen der Schwangerschaft, Geburt und der Entwicklung des Kindes in den ersten Lebensjahren informiert werden.*

(2) *Zu diesem Zweck sind die nach Landesrecht für die Information der Eltern nach Absatz 1 zuständigen Stellen befugt, den Eltern ein persönliches Gespräch anzubieten. Dieses kann auf Wunsch der Eltern in ihrer Wohnung stattfinden. Sofern Landesrecht keine andere Regelung trifft, bezieht sich die in Satz 1 geregelte Befugnis auf die örtlichen Träger der Jugendhilfe.*

**§ 3 Rahmenbedingungen für verbindliche Netzwerkstrukturen im Kinderschutz**

(1) In den Ländern werden insbesondere im Bereich Früher Hilfen flächendeckend verbindliche Strukturen der Zusammenarbeit der zuständigen Leistungsträger und Institutionen im Kinderschutz mit dem Ziel aufgebaut und weiterentwickelt, sich gegenseitig über das jeweilige Angebots- und Aufgabenspektrum zu informieren, strukturelle Fragen der Angebotsgestaltung und -entwicklung zu klären sowie Verfahren im Kinderschutz aufeinander abzustimmen.

(2) In das Netzwerk sollen insbesondere Einrichtungen und Dienste der öffentlichen und freien Jugendhilfe, Einrichtungen und Dienste, mit denen Verträge nach § 75 Absatz 3 des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch bestehen, Gesundheitsämter, Sozialämter, Gemeinsame Servicestellen, Schulen, Polizei- und Ordnungsbehörden, Agenturen für Arbeit, Krankenhäuser, Sozialpädiatrische Zentren, Frühförderstellen, Beratungsstellen für soziale Problemlagen, Beratungsstellen nach den §§ 3 und 8 des Schwangerschaftskonfliktgesetzes, Einrichtungen und Dienste zur Müttergenesung sowie zum Schutz gegen Gewalt in engen sozialen Beziehungen, Familienbildungsstätten, Familiengerichte und Angehörige der Heilberufe einbezogen werden.

3) Sofern Landesrecht keine andere Regelung trifft, soll die verbindliche Zusammenarbeit im Kinderschutz als Netzwerk durch den örtlichen Träger der Jugendhilfe organisiert werden. Die Beteiligten sollen die Grundsätze für eine verbindliche Zusammenarbeit in Vereinbarungen festlegen. Auf vorhandene Strukturen soll zurückgegriffen werden.

(4) Dieses Netzwerk soll zur Beförderung Früher Hilfen durch den Einsatz von Familienhebammen gestärkt werden. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend unterstützt den Aus- und Aufbau der Netzwerke Frühe Hilfen und des Einsatzes von Familienhebammen auch unter Einbeziehung ehrenamtlicher Strukturen durch eine zeitlich auf vier Jahre befristete Bundesinitiative (...).